

Herrn Bundespräsident
Horst Köhler
Spreeweg 1
10557 Berlin
Fax: 030-2000-1999
E-Mail:poststelle@bpra.bund.de
T.:030-2000-0

Betr.: Solidaritätserklärung mit dem Haftverschonungsgesuch für den Vorsitzenden der HMF - Offensive e. V. , Handwerksmeister Anton Wimmer aus Chieming/ Obb., betreffend der Ladung vom 12.10.07 zum Antritt einer Ersatzhaftstrafe von 60 Tagen, angeordnet durch das Landgericht Hamburg, AkZ.: 632 Qs 49/07 2410 Js 109/07 841-99/07
Vorwurf: Beleidigung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident ,

ich erkläre mich / wir erklären uns hiermit solidarisch mit dem Haftverschonungsgesuch für den Vorsitzenden der HMF-Offensive e. V., Handwerksmeister Anton Wimmer und bitte Sie ebenfalls, die Haftverschonung und die Aufhebung des "Skandalurteils " der Hamburger Richter anzuordnen .

Begründung :

Herrn Wimmer wurde von den Hamburger Richtern **keinerlei** Gelegenheit gegeben , schriftlich oder mündlich, z. B. in einer öffentlichen Verhandlung, Stellung zu nehmen zu den gegen ihn verhängten Vorwürfen der Beleidigung.

Das Hamburger Anwaltsbüro „Schwenn & Krüger“, beauftragt durch die Techniker Krankenkasse Hamburg, unter ihrem Vorsitzenden Prof. Dr. Norbert Klusen, hat diese Beleidigungsklage veranlasst.

Richtig ist.:

Der Handwerksmeister Anton Wimmer versucht seit nun mehr gut 5 Jahren, als Betroffener ein persönliches Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Norbert Klusen zu bekommen, um auf die nicht mehr hinnehmbaren Verhältnisse - **trotz immer wieder von der Politik gepredigten Reformen** - im deutschen Gesundheitswesen aufmerksam zu machen. Die Techniker Krankenkasse war maßgeblich durch ihr Verhalten am finanziellen Ruin des Handwerksmeisters beteiligt.

Sowohl Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident als auch die **Justizministerin** wurden bereits in früheren Schreiben auf diese Situation aufmerksam gemacht, **die jedoch alle ohne Resonanz blieben.** Das Justizministerium ließ lapidar mitteilen, hier sei man nicht zuständig. Es muß die Frage gestellt werden, ob wir mittlerweile hier in unserem Land im rechtsfreien Raum leben?
Haben macht und Geld Vorrang vor der Gerechtigkeit ???

Das Ansehen der Gerichtsbarkeit in Deutschland wurde nicht nur durch dieses Verhalten schwer beschädigt. Das Vertrauen der Bürger in Politik und Justiz ist nicht mehr vorhanden. **Lassen Sie es nicht bei diesem sehr traurigen Ergebnis für die Bürger unseres Staates bleiben !**

Datum :

Unterschrift :

Kontakt: www.plattform-leipzig.de